

Gemeinderatssitzung 06/25

Diskussionswürdige Tagesordnungspunkte:

Bericht des Bürgermeisters

Neubau Musikheim – am 25. Juni wird es in der Aula der MS St. Georgen einen Infoabend für alle Gemeinderäte über den aktuellen Stand geben. Dabei wird auch erörtert werden, wie es weitergehen soll.

Ein „Musikheim“, sowie generell das Vereinsleben an sich, ist mit Sicherheit eine Bereicherung für eine Gemeinde. Wie schon bisher – es gibt ein gemeinsames Musikheim unserer Gemeinde mit St Georgen – ist ein gemeinsames Vorgehen sinnvoll. Dies ist ja eine Pfarrmusik und so werden bei diesem Projekt Interessen beider Gemeinden verbunden inkl. Kostentragung.

Im Zuge dieses Infoabends wurde den Anwesenden seitens der beiden Bürgermeister der Gemeinden verdeutlicht, dass trotz aller Sympathie aller Anwesenden für das Thema die derzeitige finanzielle Lage für solch ein Projekt in der geplanten Größe nicht finanzierbar ist. Auch wir sehen das Vereinsleben und dessen Förderung als wichtigen Bestandteil der Politik, doch gilt es offen über die Möglichkeiten mit allen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu sprechen anstatt unrealistische Hoffnungen zu schnüren und in große Planungen zu gehen, ohne scheinbar zu wissen, was überhaupt finanziell möglich sein wird.

Es sind schon Gelder in die Planungen für ein für zumindest derzeit unfinanzierbares Vorhaben gegangen. Egal inwieweit die Kosten für die Gemeinde durch Fördergelder abgefangen werden können, auch Fördergelder sind Steuergeld.

Fragen an den Bürgermeister:

GR Prinner: Verkehrsinseln – besonders bei St. Georgen ist die Bepflanzung sehr hoch. Man muss bereits sehr weit nach vor fahren, um etwas zu sehen. Frau [Name] hat diesen Auftrag übernommen. Kann die Bepflanzung bitte zurückgeschnitten werden?

Bgm. Auch in den letzten Jahren wurde der Rückschnitt nur alle ein, zwei Jahre gemacht. Es wurde nicht vernachlässigt, aber es ist an der Zeit, ich werde es notieren.

Aufgrund der Anregung wurden inzwischen, Stand Anfang September, die Begrünungen bei den Verkehrsinseln zurückgeschnitten. Zum Beispiel die ohnehin unübersichtliche Abzweigung an der Bundesstrasse Richtung St Georgen.

GR DI Dr. Dastig: Infrastruktur Handy-Masten – im ganzen Stiefingtal gibt es mit dem Empfang ein Problem. Die Gemeinden selbst können hier wohl nicht viel ausrichten, aber da es ein übergreifendes Problem ist, wäre es vielleicht ein Thema für die Kleinregion?

Bgm. Über den Regionalverband bzw. übers Regionalmanagement wird schon seit langem versucht, dieser Problematik einigermaßen Herr zu werden. Leider ist es aufgrund von [Name], welcher ein Großteil der Handy-Masten gehört, bei uns ein sehr schwieriges Thema. Selbst der Regionalverband ist hier zu klein. Hier müsste man weiter gehen zum Land, wenn nicht sogar zum Bund.

Die Mobilfunkinfrastruktur, speziell am Land, wird leider immer mehr zum Problemfall. Ist man noch vor 10, 15 Jahren nahezu problemlos durchs Land gefahren und hatte nahezu überall eine vernünftige Mobilfunkverbindung vorgefunden, ist es heute sogar oft in Orten, erst recht irgendwo auf der freien Strecke oder in Tälern, fast nicht mehr möglich ohne Unterbrechung zu telefonieren. In Ragnitz, selbst im Gemeindeamt, ist die Mobilfunkverbindung oft so schlecht, dass bestenfalls telefonieren funktioniert, von einer guten mobilen Datenübertragung sprechen wir gar nicht.

Das Problem liegt darin, dass sich mit der Weiterentwicklung von 3 über 4 auf 5G sich die Reichweite der Sender fast halbiert hat - aber neue Sender sind nicht montiert worden. Die Mobilfunkanbieter haben kein Interesse daran, weil in den Ballungsräumen wird das Geld verdient. Am Land Geld in die Hand zu nehmen lohnt sich nicht wirklich. Dazu kommt noch das zwar vom Gesetzgeber gefordert wird, dass eine flächendeckende Abdeckung zu gewährleisten ist, allerdings die Kontrolle erfolgt so, dass die Netzanbieter selber die Netzqualität melden.

Verantwortlich für die Überwachung ist unter anderem die Post-Control-Kommission (PCK). Das Problem ist, dass die Daten der Netzbetreiber nicht eigenständig kontrolliert werden. Auf einem Raster von ca. 100 × 100 m unter belastbare Daten zu erzielen braucht es dann einen Test über mehrere Tage. Das ist für den einzelnen bzw. die einzelne Gemeinde über das gesamte Gebiet nicht machbar.

Im Grunde ist seitens der Regulierungsbehörde diesbezüglich wenig Abhilfe zu erwarten. Eine Verbesserung der Mobil Infrastruktur wird nur über politische Einflussnahme möglich sein, und da braucht es dann eine laute Stimme der Bevölkerung. Beschweren sich einzelne Gemeinden, ohne sagen zu können ob die Gemeinde Ragnitz überhaupt ihren Unmut an passender Stelle kundgetan hat, wird es auch zu wenig sein. Da braucht es dann einen übergreifenden Verbund.

Die Gemeinde Ragnitz ist der schon seit der Gründung Mitglied der Kleinregion Stiefingtal. Ziel ist es oder sollte es unserer Meinung nach sein ein abgestimmtes Vorgehen der Gemeinden und eine gemeindeübergreifendes Zusammenarbeiten zu fördern. Wie weit das in der Praxis umgesetzt wurde, mit Ausnahme der Stiefingerschmankerl Tage, ist schwer zu beurteilen, da dies zumindest nach außen kaum sichtbar ist. Dieser Verband wäre schon in der Größe, wenn sich dieser auf die Hinterfüße stellt und in Land und Bund anklopft, ein gewichtigerer Faktor zu sein als jeder Bürgermeister und Bürgermeisterin für sich alleine.

Ohne Druck von den Bürger:innen und von den regionalen Gebietskörperschaften wird sich da wohl nichts bewegen und die mobile Infrastruktur sogar noch schlechter werden. Um nicht völlig ins Hintertreffen zu geraten wird es dringend an der Zeit, dass in diesem Bereich etwas mehr Druck aufgebaut wird-zum einen von der Bevölkerung an die Gemeindevertretung (Bürgermeister) aber auch an die lokalen Landtags- und Nationalratsabgeordneten.

GK Dornhofer:	Hochwasserkonzept Haslach – es gab eine Infoveranstaltung, gibt es bereits weitere Informationen?
Bgm.	Das Wasserrecht unterliegt dem Land und nicht der Gemeinde. Für die wasserrechtliche Verhandlung gibt es einen Termin. Dabei schaut man sich an, ob das eingereichte Projekt bewilligt wird oder nicht. Sollte es bewilligt werden, kann man in die Umsetzungsphase gehen. Diese Verhandlung hat noch nicht stattgefunden.

In der relativ plötzlich veranstalteten „Informationsveranstaltung“ vor der Gemeinderatswahl 2025 im örtlichen Gasthaus wurde das Thema Hochwasserschutz thematisiert. Es wurde eine Idee für den leider extrem gefährdeten Ortsteil Haslach präsentiert. Diese vermeintliche Lösung hat die anwesenden Bürgerinnen und Bürger kaum überzeugt, da das Ausmaß des Konzeptes kaum überzeugte. In dem Bereich muss man je nach Hochwasserereignis 50/100 Jähriges Hochwasser zwischen 30 und 70m³/Sekunde (Nur um einen Vergleich zu haben, 70m³ entspricht der Mur) gerechnet werden. Da die vorhandenen Ablaufrohre und die Gräben vermutlich auch schon teilweise zugewachsen sind, sind schon Gewitterregen problematisch. Bekannt ist das seit langem. Nun will man all die Rohre kontrollieren, was ja begrüßenswert ist und Gräben putzen. Auch das Gräben putzen wurde vor der Gemeinderatswahl 2025 besonders betrieben. Für uns ist nicht der Wahltermin entscheidend, deshalb haben wir nachgefragt und mit einem Verlangen für eine der nächsten Sitzungen das Thema aktiv eingebracht.

Zum vorgestellten Konzept: Es soll ein 1000m³ Becken am nördlichen Ortsrand errichtet werden (Was dann über die unserer Meinung nach unterdimensionierten und vermutlich bereits teilweise zugewachsenen Rohre entwässert werden soll – dies Meinung teilte auch durchaus die Bevölkerung bei der Veranstaltung). Wie gesagt, war die Begeisterung der Betroffenen nicht so groß. Die Argumentation seitens des Bürgermeisters „Man muss ja mal wo anfangen...“ möge richtig sein, doch wurde die Hoffnung für eine große Lösung vor der Wahl geschürt und somit leider Aktionismus betrieben.

Unserer Meinung nach, ist der erste wichtige Schritt das regelmäßige Säubern von Gräben (unser Verlangen bei einer der nächsten Sitzungen, da Bürger:innen hier wieder Handlungsbedarf sehen) und die Modernisierung sowie Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur. Zeitgleich gehört ein Gesamtkonzept, inkl. einer ersten Analyse wo die größten Problemstellen sind und wie man diese effektiv lösen kann, erstellt. All dies mit den realistischen finanziellen Möglichkeiten, damit das Gesamtkonzept auch finanziell möglich ist.

Jetzt Aktionistisch ein Mini-Auffangbecken zu bauen, trotz aller hier angeführten Punkte, kann Geld und Zeit für eine größere bedachtere Lösung kosten.

Tagesordnungspunkte:

Tagesordnungspunkt 9

Beratung und Beschlussfassung über die Fortsetzung der Teilnahme am Mikro-ÖV System regioMOBIL

Bürgermeister , informiert den Gemeinderat über die Fortsetzung des regionalen MIKRO- ÖV Systems „regioMOBIL“ für ein Jahr, welche im Regionalverband beschlossen wurde. Sollte die Stadtgemeinde Leibnitz nicht dabei sein, so fällt das System. Dies wurde schriftlich im Regionalverbandsbeschluss hinterlegt. Es wird um Solidarität aller Gemeinden appelliert, da sonst das gesamte System wankt. Die zu erwartenden Kosten auf Basis der Fahrtenzahlen 2024 liegen bei ca. € 7.500,00. Es wird an Förderungseinheiten gearbeitet, damit es für die Gemeinden wieder günstiger wird.

Antrag:

Herr Bürgermeister stellt an den Gemeinderat den Antrag, an der Fortsetzung des regionalen MIKRO- ÖV Systems „regioMOBIL“ für zumindest 1 Jahr beginnend ab 15. Juni 2025 teilzunehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Ragnitz stimmt dem Antrag des Vorsitzenden **einstimmig** zu.

Das Programm ist in der Gemeinde schon seit längeren gestartet. Zudem wurde dies schon in der Kleinregion und nicht im Gemeinderat vorab vom Bürgermeister besprochen. Ein Ausstieg war somit nicht so einfach möglich. Zudem verlasse man sich laut Bürgermeister in der Region auf das Mitwirken aller Gemeinden. Zudem sind wir selbst, der Meinung, dass aufgrund des überschaubaren Angebots an Öffis weitere Angebote sinnvoll sind. Aufgrund unserer Recherche über die Kosten und den jeweiligen genutzten Zustiegsstellen stellt sich für uns jedoch die Frage, ob es nicht günstigere Lösungen gibt bzw. inwieweit das wegpendeln aus der Gemeinde gefördert werden soll. So fordern wir einen kritischeren Umgang mit diesem Thema, eine Lösung die eventuell heimische Betriebe (z.B. Gasthäuser) fördern und generell eine bessere Transparenz und Kosteneffizienz mit dem Thema (muss z.B. dieser fixe Sockelbetrag sein?)

Tagesordnungspunkt 22

Beratung über den Antrag betreffend der Glasfaserinfrastruktur im gesamten Gemeindegebiet;

Bgm. verliest die Anfrage und erläutert:

Ein Glasfaserausbau wurde 2020 erstellt. Im Internet gibt es eine Breitbandlandkarte, wo genau zu sehen ist, welche Gebiete wie versorgt sind.

Als es die erste Fördermilliarde des Bundes gab, hat die Gemeinde Ragnitz darum angesucht. Es gab den Zuschlag, dass wir diese Förderung erhalten. Der Bund hat damals entschieden, dass [REDACTED] den Ausbau bekommt. Die [REDACTED] hat damals bereits viele Versorgungen übers Postnetz gehabt und man hat es für richtig empfunden, dass bei Errichtung der ARU-Stationen es genügend Versorgungspunkte gibt.

Diese ARU-Stationen gibt es in beinahe allen Ortsteilen. D.h. dass Glasfaser bis zu diesen Verteilerstationen geht. Ab dieser Verteilerstation leiten die alten Kupferkabeln das Netz in die Haushalte. Dafür wurde die erste Förderung benötigt und die Gemeinde Ragnitz ist nun bis 2030 für eine weitere Förderung gesperrt.

Die ARU-Station in Laubegg wurde erst später errichtet.

2022 kam die Entscheidung, den Ausbau anzukurbeln. Es gab nur einen Anbieter am Markt, der ohne Bundesförderung ausbaut, die Fa. [REDACTED]. Sehr viele andere Gemeinden der Region hatten sich bereits vertraglich mit dieser Firma gebunden. Dies liegt auch bei der Breitbandregulierungsbehörde auf. Leider war diese Firma finanziell nicht gut aufgestellt, viele Versorgungsgebiete darunter auch die Gemeinde Ragnitz wurden Mitte 2024 wieder freigegeben. Seit damals sind wir bemüht, mit anderen Versorgern Kontakt aufzunehmen. Einzig die [REDACTED] kam mit einem Projektvorschlag, auch bzgl. der Projektfinanzierung. Allerdings würde nur das Hauptsiedlungslinie der Gemeinde Ragnitz versorgt werden. Kein peripheres Gebiet. Die Zuzahlung der Gemeinde beläuft sich dafür auf € 145.000,00. Es gibt keine Bundesförderung, aber eine Landesförderung mit Zuzahlung der Gemeinde. Dieses Angebot stammt vom Februar 2025. Bei möglicher Finanzierung könnte man dieses Projekt starten, wie gesagt, wäre es allerdings nur entlang der Hauptsiedlungslinie. Das ist der derzeitige Stand betreffend der Glasfaserinfrastruktur.

Im Übrigen hat die [REDACTED] in Gamlitz ausgebaut, dort gibt es große Probleme damit, das Netz zum Laufen zu bringen.

Dass die digitale Infrastruktur in Ragnitz inzwischen stark veraltet ist dürfte schon den meisten aufgefallen sein. Selbst in den örtlichen Ballungsräumen, zum Beispiel in Teilen von Gundersdorf, aber praktisch fast im ganzen Gemeindegebiet ist die Internetanbindung inzwischen eine Katastrophe.

Der Plan der Gemeinde war ja mit der Firma Speed Connect, die zum Beispiel das Netz in Sankt Veit aufgebaut hat, den Ausbau durchzuführen. Speed Connect wollte den Ausbau ohne Förderungen abwickeln, was damals schon vielen in der Gemeinde und auch im Gemeinderat sehr suspekt vorgekommen ist. Wie will man mit Anschlussgebühren von drei oder € 400 in einer Landgemeinde ein viele Kilometer langes Glasfasernetz aufbauen. Doch wurde damals seitens des Bürgermeisters beschwichtigt, es sei eine Lösung. Inzwischen ist die Firma Speed Connect in Konkurs.

Der Grund warum eigentlich die Gemeinde auf die Firma Speedconnect zurückgegriffen hat war, dass man eine Notlösung brauchte. Im Jahr 2000 hat man bei der ersten Digitaloffensive mitgemacht, die vom Bund hoch gefördert wurde. Unseren Informationen zu folge wurden damals die Telefonverteilerzentren mit Glasfaser angeschlossen. Von diesen Knoten aus ist die Verbindung an den Endkunden wieder über das Kupferkabel erfolgt. So haben wir jetzt z.B. die Situation, dass zum Beispiel aufgrund des Knotenpunktes die Internetleistung in Ragnitz entlang der Bundesstraße zumindest mehr oder weniger einigermaßen gut ist. in Guntersdorf hingegen fehlt diese Infrastruktur und somit das gute Internet. Es wird zu erwarten sein, dass sich diese Entwicklung aufgrund der fokussierten Investitionen auf urbane Gegenden seitens der Anbieter nicht besser wird, im Gegenteil.

Die Hintergründe lassen sich jetzt nicht mehr eruieren, doch stellt sich die Frage, wie sinnvoll das Vorgehen damals für heute war. Das Problem ist allerdings das nur alle zehn Jahre von Seiten des Bundes eine Förderung möglich ist. Dadurch ist in der Gemeinde Ragnitz bis 2030 der Glasfaser Ausbau auf jeden Fall praktisch gestorben, denn für die Gemeinde ist wohl kaum leistbar und die Privatwirtschaft in diesem Bereich wird sich wohl kaum auf Ragnitz konzentrieren. Eine Erschließung einer Landgemeinde mit Glasfaser ohne Förderung beträgt laut Auskunft eines Netzbetreibers im Durchschnitt zwischen zwei und € 3000 pro Anschluss, vorausgesetzt der Großteil der Haushalte macht mit. Praktisch rechnet man mit bis zum zehnfachen der Anschlussgebühren.

Also wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als für die nächsten fünf Jahre alternative Lösungen zu suchen. Im Grunde wird man dann kurz und mittelfristig nicht um eine Satellitenlösung herumkommen. Der große Nachteil ist natürlich zum einen die Witterungsabhängigkeit aber vor allem auch die Abhängigkeit von einem ausländischen Anbieter, der in Krisen und Bedarfsfall beliebig die digitale Infrastruktur abschalten und reduzieren kann.

Eine Lösung ist das System Starlink. Ein Satelliten basierendes System mit einer guten Übertragungsleistung. Alternativ gibt es im Moment noch von Funk-Lan-Varianten, wo sich alte Fragen stellt, wie lange diese Systeme mit zunehmender Verkabelung noch aufrechterhalten werden können.

Tagesordnungspunkt 24

Beratung über den Antrag betreffend der Klärung des weiteren Vorgehens bezüglich Schloss Laubegg und des Bildungszentrums des [REDACTED] in Laubegg;

Bgm. [REDACTED] verliest die Anfrage und erläutert:

Es gibt einen Vertrag, welcher 2006 für 20 Jahre abgeschlossen wurde. Weiters gibt es eine Vereinbarung über den Baukostenzuschuss, welcher damals erfolgt ist. Fördermittel, die das Land an die Gemeinde gezahlt hätte, wurden umgeleitet, wenn die Gemeinde eine Veranstaltungshalle gebaut hätte. In Summe waren es dreimal € 171.300,00 aufgeteilt auf die Jahre 2006-2008. Für diese Leistung, welche uns kein Geld gekostet hat, ist uns die 20jährige Nutzung zugesprochen worden. Dies gilt aber nicht für die gesamte Anlage, sondern nur für den Veranstaltungsraum auf der Liegenschaft .62/4.

Über die weitere Vorgehensweise kann ich folgendes berichten. Ich bin mit Herrn [REDACTED], dem neuen Präsidenten des Landesverbandes, und den Geschäftsführern in Kontakt. In Kürze wird es ein persönliches Treffen geben, um die weiteren Möglichkeiten für die Gemeinde Ragnitz eruieren zu werden. Die gesamte Liegenschaft ist im Eigentum des Landesverbandes des [REDACTED]. Für die nächsten 3 Jahre ist der derzeitige Betrieb gesichert, die Ausbildungen werden weitergeführt. Es gibt Überlegungen vom [REDACTED] andere Nutzungen ins Schloss Laubegg zu ziehen.

Es gibt keine laufenden Kosten. Ich habe mich mit Landeshauptmann-Stellvertreterin [REDACTED] über die Möglichkeiten einer Weiternutzung bereits unterhalten.

Wie bei unserem Verlagen erläutert, das erst zu diesem Tagespunkt führte, sehen wir das Schloss Laubegg als wichtigen Bestandteil der Ragnitzer Identität an. Nicht umsonst, tragen wir den Titel „drei Schlösser Gemeinde“ und haben drei Schlösser im Gemeindewappen. Vor allem der öffentliche Charakter, z.B. für die Sonntagsmesse oder einen Spaziergang, spielt hierfür beim Schloss Laubegg eine wichtige Rolle.

Generell ist das Schloss Laubegg auch über Ragnitz hinweg sehr bekannt und ist ein wichtiger Tourismusfaktor. Deshalb macht die Unterstützung seitens der Gemeinde schon Sinn. Doch über eine halbe Million Euro zu verschenken - ja der Gemeinde hat es diesen Betrag nicht gekostet, aber die Gemeinde hat auf diesen Betrag verzichtet und somit ist das Ergebnis im Endeffekt das Gleiche – das Geld ist weg, ist wohl übertrieben. Und aufgrund des sehr einfach gestalteten Vertrags, der nun aufgrund unseres Verlangens gezeigt wurde, wird wohl auch kein Geld an die Gemeinde im Falle des Verkaufs zurückfließen – sprich das Geld bleibt weg.

Bei aller Liebe zu unserer Eisschützenhalle und zum Turnsaal der VS Laubegg, es fehlt durchaus eine moderne Veranstaltungsmöglichkeit seitens der Gemeinde, wie sie woanders durchaus üblich ist. Das Geld hätte ja vermutlich ja auch zum Ausbau bzw. Modernisierung der Eisschützenhalle oder des Turnsaals der VS Laubegg genutzt werden können. Oder für ein Zentrum, dass auch der Musikverein oder generell alle Vereine nützen können.

Ob und welche Früchte die Gespräche vom Herrn Bürgermeister tragen werden, können wir leider nicht sagen.

Dringlicher Tagesordnungspunkt 25

Beratung und Beschlussfassung über die Rechnung Zuzahlung Schülergelegenheitsverkehr Schuljahr 2024/2025 von der Fa. Weiss Autobusunternehmung GmbH

Bürgermeister informiert den Gemeinderat über die Rechnung Zuzahlung Schülergelegenheitsverkehr Schuljahr 2024/2025 von der [REDACTED] Autobusunternehmung GmbH in Höhe von € 19.411,70 brutto. Man müsse sich damit auseinandersetzen, ob man es in Zukunft unterstützen möchte, da es nicht zu den Aufgaben einer Gemeinde gehört. Der Betreiber hat festgehalten, dass, sollte es vonseiten der Gemeinde keine Zuzahlung geben, die Fahrten eingestellt werden. Es gab bereits ein Gespräch mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden, wir versuchen eine Lösung zu finden.

Für den Gelegenheitsverkehr gibt es keinen Rechtsanspruch. Der Bund rechnet nach gefahrenen Kilometern ab, diese Berechnung ist außerdem sehr kompliziert. Für uns

gibt verschiedene Möglichkeiten. Entweder wir beenden diese Förderung, oder wir zahlen jährlich weiterhin viel Geld, oder wir wälzen die Kosten auf die Eltern um. Weiters darf man nicht vergessen, dass es eine gesetzliche 2km-Zumutbarkeitsgrenze gibt, die besagt, dass ein Schulweg bis zu 2 km zur Bushaltestelle und zur Schule zu Fuß zumutbar ist.

Antrag:

Herr Bürgermeister stellt an den Gemeinderat den Antrag, die Rechnung Zuzahlung Schülergelegenheitsverkehr Schuljahr 2024/2025 von der Fa. [REDACTED] Autobusunternehmung GmbH in Höhe von € 19.411,70 brutto zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Ragnitz stimmt dem Antrag des Vorsitzenden **einstimmig** zu.

Prinzipiell ist die Schüler freie Fahrt eine freiwillige Leistung des Bundes. Die Schüler freie Fahrt wird alle paar Jahre ausgeschrieben, in der Regel zu fix vorgegebenen Preisen (ein komplizierter Schlüssel aus Kopfzahl und Strecke) und Unternehmen können sich bewerben.

Es ist davon auszugehen, dass die vorgegebenen Preise knapp kalkuliert sind, ohne dass wir die Kalkulation im Detail kennen, da diese aufgrund der knappen Einladung zur Gemeinderatssitzung (in der gesetzlichen Frist) nicht näher nachverfolgen konnten. Bei der letzten Vergabe hat sich die Situation ergeben, dass sich das regionale Busunternehmen ein paar Wochen vor Schulbeginn aus dem Programm zurückziehen wollte und auf ein Auffangen der Kosten mit Nachdruck seitens der Gemeinden plädierte.

In dem kurzen Zeitraum lässt sich natürlich dann nicht mehr sehr viel organisieren und so haben sich die Firma und die Gemeinde Ragnitz (als Teil der Region) darauf geeinigt, dass für die nächsten drei Jahre knapp € 20 000 pro Jahr beigesteuert werden.

Das Problem bleibt, dass die Schülerfreifahrt das Gemeinde Budget, das ohnehin schon völlig am Limit ist, schwer belastet. Dass sich die finanzielle Situation nicht bessern wird, davon ist auszugehen, wäre es auf jeden Fall sinnvoll frühzeitig darüber nachzudenken wie das Thema Schülerfreifahrt in Zukunft gestaltet wird und vor allem wie das für die Gemeinde leistbar bleibt, ohne den Service ganz streichen zu müssen. Ein Problem ist es auf jeden Fall, dass es praktisch nur einen einzigen Anbieter gibt und sich die Busunternehmen die Südsteiermark praktisch aufgeteilt haben.

Zum einen denken wir, es wäre absolut sinnvoll einmal eine Bedarfserhebung zu machen (wann hat wer welchen Bedarf). Es ist unserer Meinung nach nicht zielführend, dass halbleere Busse durch die Gegend fahren. Auch sollte man sich Gedanken machen ob es Alternativen gib, sei es ein anderes Unternehmen oder sei es vielleicht eine Gemeinde bzw. gemeindeübergreifende (Ragnitz/St Georgen) interne Lösung (z.B. Kindergartenfreifahrt Ragnitz). Auch wäre abzuklären, speziell bei einer internen Lösung, ob die momentan sicherlich nicht sehr wirtschaftlich vernünftige Variante, dass für Volksschule und Mittelschule separate Busse fahren (da fahren oft zwei Busse halb leer auf derselben Strecke hintereinander, weil der eine darf nur die Volksschüler und andere nur die Mittelschüler mitnehmen) durch eine machbare und kostengünstigere Variante zu ersetzen wäre.